**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund

**Band:** 60 (1968)

**Heft:** 6

**Artikel:** Gewerkschaftlicher Frühling in der Tschechoslowakei?

**Autor:** Brügel, J.W.

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-354339

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 09.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Gewerkschaftlicher Frühling in der Tschechoslowakei?

Man muß sich sowohl davor hüten, die letzten aufsehenerregenden Ereignisse in der Tschechoslowakei zu überschätzen, wie auch, sie unterzubewerten. Es ist natürlich nicht so, daß jetzt die Freiheit ausgebrochen ist und daß die Herrschenden sich bemühen, eine Synthese zwischen Freiheit und Kommunismus zu finden (der dann eben kein Kommunismus mehr wäre). Die Kommunistische Partei hat nach wie vor das Heft in der Hand, wenn auch vieles höchst programmwidrig verlief – so haben Studenten öffentlich verlangt, die Tschechoslowakei möge eine Politik nach dem Muster der schweizerischen und schwedischen Neutralität betreiben. Die allgemeine Unzufriedenheit mit dem kommunistischen Regime hat sich, lange zurückgestaut, elementar geäußert, nachdem zuerst die Schriftsteller im Vorjahr dem Regime den Fehdehandschuh hingeworfen hatten. Der inzwischen sowohl als Parteiführer als auch als Staatsoberhaupt verdrängte *Antonin Novotny* und seine Gruppe haben versucht, die ganze Unzufriedenheit als eine Angelegenheit bloß der Intellektuellen abzutun und die Arbeiter gegen die «Reformer» mit dem Argument aufzuhetzen, es gehe den weltfremden Intellektuellen darum, die Arbeiter ihrer Errungenschaften zu berauben und sie zu größerer Anstrengung zu zwingen. Diese nicht ungeschickt vorgebrachte Argumentation hat aber am Ende versagt, und es hat sich herausgestellt – was jedem Beobachter von vornherein klar sein mußte –, daß die Arbeiter nicht weniger erbittert über die Politik des Regimes sind als andere Bevölkerungsschichten. Als die Arbeiter der größten Betriebe gegen Novotny Stellung nahmen, war sein Schicksal besiegelt.

Der entfesselten Volkswut mußte die Kommunistische Partei wichtige Konzessionen machen. Eine ziemlich weitgehende Freiheit der Äußerung in Presse, Rundfunk und Fernsehen wurde erkämpft, und es erscheint kaum möglich, daß man wieder zum alten Zustand des ruhigen Hinnehmens der empörendsten Dinge zurückkehren kann und wird. Aber zugleich hat es eine Clique innerhalb der Kommunistischen Partei verstanden, den gegen Novotny und die Stalinisten gerichteten Volkswillen für ihre Zwecke auszunützen, und diese Zwecke waren, durch Verdrängung der Stalinisten und die eigene Machtübernahme die Grundzüge des kommunistischen Regimes zu retten. Das ist ihr für den Augenblick gelungen; ob es von Dauer sein wird, läßt sich heute nicht sagen. Das *eine* beglückende Ergebnis kann aber festgestellt werden, daß die Bewohner der Tschechoslowakei heute freier atmen können als früher. Wer möchte das Gewicht dieser Tatsache unterschätzen?

Die Umwälzungen haben alle Gebiete des öffentlichen Lebens erfaßt. Die Stalinisten wurden nicht nur aus den Parteiämtern verjagt, sondern auch aus allen anderen Organisationen, die sich die Kommu-

nistische Partei botmäßig gemacht hatte. Auch in der Gewerkschaftsbewegung kam es zu einer vollkommenen Veränderung der Szene, wobei bemerkenswerte Geständnisse über die unmittelbare Vergangenheit zu Tage gefördert wurden. Es ist nicht uninteressant, die Vorgänge im gewerkschaftlichen Feld zu analysieren, weil sie das Nebeneinander von dirigiertem und spontanem Umsturz anzeigen, der die neueste tschechoslowakische Entwicklung charakterisiert. Das, was sich bisher im Lande «Gewerkschaftsbewegung» nannte, hatte mit Gewerkschaften gerade nur noch den Namen gemein: es war eine Hilfsorganisation des Regimes zur Erzielung höherer Arbeitsleistungen, eine Organisation, deren Mitglieder nicht die geringsten Rechte hatten. Diese bisher nur im freien Ausland behauptete Tatsache wurde nunmehr durch kommunistisches Eingeständnis bestätigt.

Der sogenannte «Zentralrat der Gewerkschaften», ein willenloses Werkzeug der Kommunisten, blieb inmitten der aufregenden Ereignisse zunächst stumm. Aber eine plötzlich aufgetauchte «Parteigruppe» im Zentralrat führte eine Reinigungsaktion durch. Daß man 20 Jahre nichts von einer «kommunistischen Gruppe» innerhalb der sogenannten Gewerkschaften gehört hatte und daß sie nun über Nacht zum erstenmal auf den Plan trat, war kein Zufall: die Menschen sollten den Eindruck erhalten, eine Verbesserung unerträglich gewordener Verhältnisse könne nur kommunistischer Initiative entspringen. In Wirklichkeit haben die Kommunisten bloß ausgeführt, was in aller Munde war, sodaß der Trick, sich als die Initiatoren der Säuberung aufzuspielen, bei niemandem verfangen haben dürfte. Die kommunistische «Gewerkschaftsgruppe» tagte also, wobei ihr der bisherige Vorsitzende des Zentralrates Miroslav *Pastyrik* mitteilte, er verzichte auf sein Amt, «womit er seinen Anteil an den Mängeln ausdrückt, wegen der der Zentralrat der Gewerkschaften kritisiert wird». Auch zwei Zentralsekretäre meldeten die Absicht an, ihre Ämter niederzulegen, beriefen sich jedoch dabei auf Erreichung der Altersgrenze. Aber damit ließ sich die Konferenz nicht abspeisen. Im offiziellen Bericht heißt es:

Aus der Diskussion ist klar, daß man damit übereinstimmt, wie sich eine neue Stellung der Gewerkschaften in der Gesellschaft als einer Organisation entwickelt, die die *Angestellten-und Arbeitsinteressen* ihrer Mitglieder und der übrigen Arbeitenden *verteidigt*. Die Grundfunktion der Gewerkschaften sollte sich vor allem in der *Sorge um die Arbeitsinteressen der Arbeiter* und Arbeitenden und ihrer Teilnahme an der Verwaltung und Leitung der Volkswirtschaft äußern.

In diesem Zusammenhang kritisieren die Kommunisten scharf die Deformation in der Geltendmachung der führenden Rolle der Partei, die *die Gewerkschaften auf die Position blosser ausführenden Organe und Vermittler für Partei- und manchmal auch Regierungsentscheidungen und Direktiven abgeschoben hat*... Sie kritisieren ebenfalls scharf den falschen Stil und die Arbeitsmethoden, die in die Gewerkschaften *statt grundsätzlicher Haltung Härte, statt Führung «Befehlserteilung»* gebracht und die eigentliche Methode der Gewerkschaftsarbeit, das Überzeugen, in den Hintergrund gedrängt haben. Diese prinzipielle Kritik mündet in die Forderung, die Gewerkschaften mögen *ihre eigene Stellung, ihre Politik und ihr Programm selbst bestimmen.*

Als in den vergangenen Jahren die freien Gewerkschaften ungefähr die gleiche «scharfe Kritik» an dem äußerten, was sich im kommunistischen Bereich als «Gewerkschaftsbewegung» ausgibt, war die Antwort immer, die Interessen der Arbeiter bedürften dort keines besonderen Schutzes mehr, wo der «Sozialismus verwirklicht» und damit die «Ausbeutung abgeschafft» sei. Und jetzt erfahren wir plötzlich, daß all die scharfe Kritik der freien an den unfreien Gewerkschaften nur zu berechtigt war!

Pastyrik, der bisherige Vorsitzende, hatte seine Bereitschaft bekundet, abzutreten, aber die «Parteigruppe», die unbedingt ihren Sündenbock haben mußte, begnügte sich damit nicht und schlug vor, die Demission nicht anzunehmen, ihn aber dafür aus der Position abzuberufen «als Ausdruck seines Anteils an den Mängeln und ernsten Fehlern. Eine Woche später trat der «Zentralrat der Gewerkschaften» in Prag zusammen. Pastyrik nahm an der Tagung nicht teil, wobei es unaufgeklärt blieb, ob er gar nicht eingeladen wurde oder sich aus eigenem Antrieb absentierte. Die Sitzung beschloß, seine Demission nicht zur Kenntnis zu nehmen, ihn jedoch aus der Funktion des Vorsitzenden abzuberufen. Aber sein Nachfolger wurde nicht ein Mann, der durch die so scharf kritisierte Vergangenheit unbelastet erscheint. Offenbar, um anzudeuten, daß es gar nicht zu einer wirklichen Änderung kommen soll, wurde Pastyriks bisheriger Stellvertreter Karel *Polacek*, Obmann des Metallarbeiterverbandes, zum Vorsitzenden des Zentralrates «gewählt». Dabei ist Polaceks Vergangenheit weit fragwürdiger als die Pastyriks, der erst 1966 von der Kommunistischen Partei in die gewerkschaftliche Funktion eingesetzt wurde und sich in dieser nicht besonders exponiert hat. Polacek war aber von 1951 bis 1966 Minister in den verschiedenen Regierungen, ist also für die «Deformationen» voll verantwortlich und kann in keiner Weise zu den «Reformern» und «Erneuerern» gerechnet werden. Seit 1966 ist er Obmann des Metallarbeiterverbandes und hat in dieser Funktion noch im September 1967 dem von der westdeutschen IG-Metall herausgegebenen «Gewerkschafter» ein Interview gegeben, in der er die «gewerkschaftliche» Situation in der Tschechoslowakei in den rosigsten Farben schilderte, ohne irgendwelchen «Deformationen» auf die Spur gekommen zu sein.

Aber weder die «Wahl» Polaceks noch auch die Methoden der «Parteigruppe» wurden ruhig hingenommen. In der Zentralratstagung protestierte M. Vezdova gegen das Vorgehen der «Parteigruppe», die es nicht für notwendig gehalten habe, jene Mitglieder des Zentralrates über ihre Beschlüße zu informieren, die nicht der Kommunistischen Partei angehören. «Das hat diese in eine unangenehme Situation gegenüber den Arbeitenden in den Betrieben gebracht, denen sie nicht erklären konnten, was eigentlich vorgeht.» Auf noch entschiedeneren Widerstand stieß die Berufung Polaceks auf die führende Stellung. Noch während der Zentralrat tagte, traten die Gewerk-

schafter des Prager Arbeiterbezirks Vysocany zusammen (in dem große Maschinenfabriken liegen) und beschlossen einen energischen Protest gegen Polacek. Sie führten aus, daß Polacek in der Vergangenheit «ausschließlich hohe staatliche und wirtschaftliche Funktionen versehen hat. Sie können mit seiner Wahl für die Spitzenfunktion der Gewerkschaftsbewegung nicht übereinstimmen, weil er ihrer Meinung nach für eine so verantwortliche Stellung nicht die nötigen Erfahrungen und Kenntnisse hat.» Es wurde die Wiederholung des Wahlaktes, diesmal mit geheimer Abstimmung, verlangt, mit der Begründung, daß «die Gewerkschafter von Prag 9 mit der Wahl des Genossen Polacek nicht übereinstimmen.» Als dieser Beschluß in der Zentralratssitzung bekannt wurde, gab es große Verlegenheit. Die Sitzung wurde unterbrochen, damit die entstandene Situation im engsten Kreise besprochen werden könne. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde der Beschluß verkündet, auf Polacek als Vorsitzendem zu beharren, mit der ganz unwahren Begründung, dieser sei ein Arbeiterfunktionär, der sich «an die Spitze des Erneuerungsprozesses gestellt und ausdauernd für die Demokratisierung der Gewerkschaftsbewegung gekämpft hat.

Diese Vorgänge kamen einige Tage später bei der Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei wieder zur Erörterung. *Pastyrik* hatte die Sprache wiedergefunden und setzte sich gegen seine Kritiker zur Wehr, andeutend, daß ihnen das Mandat zur Kritik fehlt:

> Ich habe persönlich keinen Anteil an den Diskriminationen und Verbrechen aus der Zeit der fünfziger Jahre oder etwa später. Weder als Kreissekretär noch auch als Mitarbeiter des Zentralkomitees bin ich dem Druck dieser Zeit erlegen. Ich habe mich nicht zur Verfolgung von Genossen hergegeben. Ich habe reine Hände... In den Gewerkschaften habe ich in der Zeit meiner verhältnismäßig kurzen Wirksamkeit in führender Stellung nichts getan als die Politik und die Beschlüße der Partei durchgesetzt, mit denen ich einverstanden war. Ich habe dort im Auftrag der Partei gearbeitet, und in meiner Tätigkeit konnten mir sicher Fehler und Irrtümer unterlaufen...

Aber der im Verhältnis zu anderen wenig schuldige Pastyrik mußte gehen, weil man einen Sündenbock brauchte. Daß freilich viel mehr vorgegangen war als die Ersetzung Pastyriks durch Polacek, einen Mann mit einer weit zweifelhafteren Vergangenheit, erfuhr man aus der Rede von Vladimir *Kabrna*, der im Zentralkomitee das aufständige Vysocany vertritt: Er erzählte, daß ein Zeitungsartikel, der über die Untersuchungsmethoden der Fünfzigerjahre unterrichtete, in der Gießerei des großen CKD-Betriebes am schwarzen Brett mit der Aufschrift «Zögerst du noch, Genosse?» angeschlagen worden war. Auf Grund dieser Aufforderung seien neun Arbeiter aus der Kommunistischen Partei ausgetreten. Über die Lage in der Gewerkschaftsbewegung sagte er:

«Die Situation in der Gewerkschaftsbewegung ist kompliziert. Fast in allen Betrieben setzen sich Tendenzen durch, die Funktionäre der Betriebsräte auszuwechseln. In vielen Fällen handelt es sich um einen spontanen Prozeß, oft ohne Einflußnahme der Partei und meist ohne Einflußnahme der höchsten Organe. Ich kann mir die Bemerkung nicht versagen, daß die Kommunisten daran ihre Schuld tragen, weil sie nicht vom Anfang an der Spitze des Demokratisierungsprozeßes in der Gewerkschaftsbewegung standen... Ich glaube auch, daß die Wahl des Genossen Polacek übereilt war, daß sie tieferes Nachdenken und Konsultation mit den unteren Gliedern der Gewerkschaftsbewegung erforderte. *In einigen Betrieben beginnt sich das Schlagwort durchzusetzen: Gewerkschaften ohne Kommunisten.* Es ist das die Folge der Tatsache, daß die in den Gewerkschaften tätigen Kommunisten nicht immer zu den aufopfernden Funktionären der Gewerkschaftsbewegung gehört haben, die die berechtigten Interessen der Arbeitenden durchsetzten... Es fehlen auch *Forderungen nach Erneuerung der alten Sozialdemokratie* nicht, aus *zwei Betrieben* haben wir schon die *konkrete Forderung nach ihrer Wiedererrichtung*, man ruft nach der *Bildung von Oppositionsparteien*, es werden Forderungen nach Lohnerhöhungen laut, Forderungen nach Auswechslung der leitenden wirtschaftlichen Funktionäre... viele Forderungen werden ultimativ gestellt, man droht mit *Streik* usw....»

Die Dinge sind also noch im Fluß und es wäre vorzeitig, ein Urteil zu fällen, ob es den Kommunisten im gewerkschaftlichen Bereich gelingen wird, alles bis auf eine Auswechslung der Spitze beim alten zu behalten, oder ob das Drängen der unzufriedenen Arbeiterschaft sich weitergehende Konzessionen erkämpfen wird. Wenn also die Zukunft noch ungewiß ist, kann das Urteil über die Vergangenheit nicht zweifelhaft sein. Es wurde von einem Manne ausgesprochen, dessen Parteitreue unbestritten ist, wiewohl er in der Zeit des ungehemmten Stalinismus Jahre im Kerker verbringen mußte. Josef *Smrkovsky*, der in dem gegenwärtigen großen Ämtertausch die Funktion des Parlamentspräsidenten bekam (er war auch ein populärer Kandidat für das Amt des Präsidenten der Republik) sagte auf der Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei u. a.:

«Die alte Politik wurde zwar im Namen der Arbeiterklasse gemacht, aber der Arbeiterklasse hat sie nicht sehr genützt. Heute haben nicht einmal unsere neuesten Betriebe ein solches Arbeitsmilieu, wie es sich die Arbeiter in einigen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern erkämpft haben. Und unsere Arbeiterklasse hat im Durchschnitt ein niedrigeres Lebensniveau als in jenen westeuropäischen Staaten, mit denen wir nach dem Krieg auf der gleichen, wenn nicht auf einer besseren Ausgangsposition begonnen haben...»

Kein Gegner des Kommunismus hätte das schärfer formulieren können.

*J. W. Brügel (London)*